Konjunktur- und Wirtschaftsstatement

von Dr. Joachim Kreysing

Vorstandsvorsitzender des Landesverbands Hessen im Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI Hessen) und Geschäftsführer der Infraserv GmbH & Co. Höchst KG

Herbstpressegespräch der Chemieverbände Hessen
am 6. November 2025

(Es gilt das gesprochene Wort.)
Sperrfrist: 6. November 2025 – 12:00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zu unserem heutigen **Pressegespräch der Chemieverbände Hessen**. Ich freue mich über Ihr Interesse in diesen politisch und wirtschaftlich bewegten Zeiten. Lassen Sie mich gleich ohne Umschweife in unser heutiges Thema einsteigen.

Die Industrie steckt in einer tiefgreifenden Krise. Das gilt für Deutschland und für Hessen und das gilt auch für die Chemie- und Pharmabranche. Wir sehen Stellenabbau und Standortschließungen. Es gibt eine massive Investitionszurückhaltung. Unsere Unternehmen stehen von vielen Seiten unter Druck: Hohe Energiekosten und zu viel Bürokratie nehmen ihnen die Luft zum Atmen, und hindern sie daran, wirtschaftlich erfolgreich zu arbeiten.

Hinzu kommt die angespannte weltwirtschaftliche Lage: geopolitische Konflikte, fragile Lieferketten, unsichere Rohstoffmärkte und die volatile Zollpolitik der US-Regierung fordern unsere Branche.

Zunächst ziehe ich anhand der **Daten der amtlichen Statistik** eine Bilanz zur wirtschaftlichen Lage der hessischen Chemie- und Pharmaindustrie bis **einschließlich August 2025**.

Ich gehe nun auf die amtlichen Zahlen ein. Wir betrachten die **pharmazeutische Industrie** und die **klassische Chemie** zunächst getrennt voneinander, da die Entwicklungen in beiden Sparten sehr unterschiedlich verlaufen.

Die hessische **Pharmaindustrie** stagniert. Das Geschäft hat sich im Jahresverlauf als stabil erwiesen, echte Zuwächse sind aber ausgeblieben.

Der Gesamtumsatz der Sparte belief sich bis August auf gut **11,7 Milliarden Euro**, was eine Stagnation gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die Produktionsmenge blieb um **0,6 Prozent** hinter dem Vorjahresniveau zurück. Die **Verkaufspreise** legten im Jahresvergleich um **1,7 Prozent** zu, aber deutlich weniger als in den Vorjahren.
Nachdem die Beschäftigtenzahl im Pharmasektor über Jahre hinweg leicht gewachsen war, ist es nun auch hier zum Stillstand gekommen.

In der **klassischen Chemie**, ist die Lage deutlich schlechter. Die Krise im Chemiegeschäft weitet sich immer weiter aus.

Bis August gab die **Chemie-Produktion** gegenüber dem Vorjahr um weitere **knapp 5 Prozent** nach. Innerhalb von vier Jahren sind damit bis dato **rund 30 Prozent** der Produktionsmenge verloren gegangen.

Auch die **Verkaufspreise für Chemie-Erzeugnisse** sind wegen der anhaltend schwachen Nachfrage **um 0,8 Prozent** gesunken – im Vergleich zum Vorjahr.

Der **Umsatz** entwickelte sich mit knapp **8,5 Milliarden Euro** noch einmal um **gut 6 Prozent** schwächer. Dies ist seit 2022 ein beispielloser Rückgang **um knapp 33 Prozent!**
Im Jahresverlauf sehen wir als Folge bisher einen Rückgang der Chemie-Beschäftigung **um 2,8 Prozent**.

In der Gesamtbetrachtung für die chemisch-pharmazeutische Industrie ergibt sich das folgende Bild.

- **2,6 Prozent** weniger an Produktion

- **2,4 Prozent** weniger an Gesamtumsatz
- **1,5 Prozent** weniger an Beschäftigung
- Stagnierende Verkaufspreise (**+0,3 Prozent**)

Besonders bitter: nachdem **die Produktion** in den Jahren 2022 und 2023 um insgesamt **mehr als 13 Prozent** eingebrochen war, konnte sie sich im letzten Jahr zumindest auf niedrigem Niveau stabilisieren.
Die jetzige, erneut rückläufige Entwicklung ist ein herber Rückschlag. Dies gilt ebenso für die Beschäftigung, die nach ihrem Rückgang **um 1,8 Prozent** im Jahr 2024 nun weiter nachgibt.

Die leise Hoffnung, in diesem Jahr eine wirtschaftliche Trendwende zu schaffen, hat sich somit zerschlagen. Stattdessen rutscht unsere Industrie konjunkturell noch weiter ab. Soweit zur Datenlage in unserer Branche.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bereits bei unserer letzten Pressekonferenz im Frühjahr haben wir über die für unsere Industrie notwendigen Rahmenbedingungen gesprochen. Schon zu dem Zeitpunkt habe ich darauf hingewiesen, dass wir „vor entscheidenden Herausforderungen

für die Chemie- und Pharmaindustrie in Hessen, aber auch darüber hinaus“ stehen. Auch habe ich diese Worte gesagt: „Es geht um nichts weniger als die Zukunftsfähigkeit unseres Industriestandorts und damit um Wohlstand, Innovation und Lebensqualität in Deutschland“.

Sie mögen sich jetzt fragen, warum ich das wiederhole. Das möchte ich an dieser Stelle auch beantworten: Weil sich an dieser Aussage und dieser Schlussfolgerung NICHTS geändert hat. Aber was sich geändert hat bzw. was sich fortgesetzt hat, ist der konjunkturelle Niedergang unserer für den Standort Deutschland und seine Bewohner so wichtigen Branche.

Auf Bundesebene ist seit Mai eine neue Regierung im Amt, auf Landesebene arbeiten wir schon seit Januar 2024 mit der gleichen schwarz-roten Farbkonstellation. Wir haben in unseren politischen Gesprächen nicht den Eindruck, dass man unsere Problemanalysen nicht teilt.

Und wir haben auch volle Unterstützung seitens der IGBCE, wenn es um die geforderten Maßnahmen zum Erhalt unseres Industriestandortes geht.

Auch das gilt für die Bundesebene gleichermaßen wie für die Landesebene. Nur erleben wir keine konkreten Veränderungen, die uns das Wirtschaften in diesen so herausfordernden und turbulenten Zeiten am Standort in der Mitte Europas erleichtern.

Wir vermissen die schnelle Umsetzung einer unterstützenden **Energiepolitik**. Und ja, hier sind natürlich die Preise an vorderster Stelle zu benennen. Wir sind nicht nur im globalen Vergleich mit USA und China zu teuer, wir sind es sogar im europäischen Vergleich.

Aber haben die anderen Länder nicht die gleichen Herausforderungen wie wir? Zum Teil ja, zum Teil aber auch nicht. Wir haben in Deutschland Entscheidungen getroffen, die den Standort geschwächt haben. Und das über die europäischen Entscheidungen in der Industriepolitik hinaus.

Was wir tun müssen, und zwar umgehend – und auch das ist nicht erst seit Kurzem bekannt – ist die Senkung der Energiepreise – jetzt!

Gegenüber den Wettbewerbern China und USA, aber auch im europäischen Vergleich, sind wir durch hohe Energiekosten massiv im Nachteil. Strom und Erdgas sind für unsere Industrie

die wichtigsten Energieträger. Der geplante Industriestrompreis-Instrument allein reicht nicht; ebenso muss auch die versprochene Ausweitung der Strompreiskompensation kommen. Das gilt ebenso für die Abschaffung der Gasspeicherumlage, über die heute Nachmittag im Bundestag abgestimmt wird.

Und wir müssen auch über den CO_2-Preis sprechen. Das gelingt uns aber aktuell nicht. Der europäische Emissionshandel muss so umgestaltet werden, dass er auch Ende der 2030er Jahre noch energieintensive Produktion in Europa zulässt.
Wir können hier nicht länger warten. Und wir können es uns auch nicht leisten, klimapolitisch „voranzugehen“ in Europa. Warum? Weil uns niemand folgt. Weil andere Länder sich nicht anstecken lassen, vom German Mut, dem Ausstieg aus allem und dem fehlenden Weg zum Einstieg in das Neue.
Wir müssen stattdessen den Mut aufbringen und das Geld, in bestehende Infrastruktur zu investieren und gleichzeitig Innovation zu entfachen.

Wir reden und streiten und reden wieder, dann schauen wir nach Europa und dort enthalten wir uns, wenn es hart auf hart kommt. Das soll sich jetzt ändern, heißt es. Aber angekommen ist von dieser Änderung noch nichts.

Gerade am 22. Oktober hat das europäische Parlament den Unternehmen wieder eine klare und schnöde Absage erteilt: Erleichterungen bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung, die ersehnte Bürokratie-Entlastung? Fehlanzeige. Weiterhin ist die Stimmung geprägt von Misstrauen gegenüber den Unternehmen. **Vertrauen? NEIN. Kontrolle ist besser.**

Nur dass wir immer weniger zu kontrollieren haben werden, wenn wir diejenigen, die sich in Europa um die Wertschöpfung bemühen, mit Argwohn betrachten und lieber weitere Instrumentarien entwickeln, um diese auch ordentlich in den Schwitzkasten zu nehmen.

Sie merken es schon: Dieses Statement fällt heute etwas emotionaler aus als das bisher üblich war. Aber hilft es denn, wenn ich Ihnen auch heute wieder herunterbete, was ich schon im Frühjahr gesagt habe, und auch im Jahr davor? Wir wissen es doch alle. Wir kennen doch alle die Themen. Wir wissen alle, auf welche Standortbedingungen es ankommt. Und wir haben für diese Themen auch gut ausgearbeitete und klare Positionen.

Kurz zusammengefasst lautet unser Appell an die Politik: Die chemisch-pharmazeutische Industrie in Hessen braucht dringend bessere Rahmenbedingungen, um wettbewerbsfähig produzieren zu können. Der schleppende **Ausbau** von

Stromnetzen sowie langwierige **Genehmigungsverfahren** bremsen **Investitionen** und gefährden den Standort weiter. Wir fordern daher landesseitig gezielte Investitionen mit hoher Hebelwirkung - für Beschäftigung, Innovation und den Erhalt der gesamten Wertschöpfung. Wir brauchen eine deutliche Beschleunigung von Infrastrukturprojekten, damit Hessen als Industriestandort zukunftsfähig bleibt.

Mit gleichem Tenor spreche ich auch noch die **Umweltregulierung** an. Hier sind Änderungen dringend erforderlich. Unsere Prioritäten sind klar definiert: zwar kommt ein Großteil der Regulierung aus der EU – ich nenne hier bspw. die Industrieemissionsrichtlinie (IED) – aus Hessen heraus ist es aber unsere gemeinsame Pflicht dafür zu sorgen, dass die Auswirkungen der europäischen Politik auf unsere Betriebe und damit die Arbeitsplätze vor Ort deutlich gemacht werden.

Wir laden alle Mitglieder der Landesregierung und auch Abgeordnete aus Land, Bund und Europa herzlich ein, in die Betriebe zu gehen und mit der Führungsebene und Arbeitnehmervertretungen über die Folgen und das Ausmaß politischer Entscheidungen zu sprechen. Auch über den Bundesrat müssen wir aus Hessen heraus eine realistische und

praxistaugliche Gesetzgebung einfordern und uns einmischen, wo das möglich ist.

Wir haben große Hoffnungen in den **Chemie- und einen möglichen Umwelt-Omnibus** auf EU-Ebene gesetzt. Diese Hoffnungen sind dieser Tage deutlich eingetrübt, nachdem das Europaparlament beim **Nachhaltigkeits-Omnibus** den Unternehmen die kalte Schulter gezeigt hat.

Unser übergeordnetes Ziel ist es, die strategische Resilienz unseres Landes zu stärken – und das bedeutet auch, die Industrie zu stärken. Dies steht nicht im Widerspruch zum Umweltschutz. Im Gegenteil: Zu viele Einzelregelungen führen nicht zu mehr Umweltschutz, sondern zu mehr Bürokratie und Datenflut.

Wir fordern eine ressortübergreifende Umweltregulierung, die sorgfältige **Folgenabschätzungen** vornimmt, bestehende Gesetze systematisch auf Wettbewerbsfähigkeit prüft, und dabei den Umwelt- und Industriestandort gleichermaßen im Blick behält.

Um unseren soeben angesprochen Zielen näherzukommen, nutzen wir auch gerne alle **Hebel und Initiativen**, die wir

gemeinsam mit der Hessischen Landesregierung aufgelegt haben. Sei es der **Industrietrialog** mit dem Wirtschaftsministerium, die **Initiative Gesundheitsindustrie Hessen** unter Federführung des Ministerpräsidenten, die **Umweltallianz** unter neuem Namen „**Forum nachhaltige Standortpolitik**“ mit dem HMLU oder die verschiedenen Aktivitäten auf dem Feld der **Entbürokratisierung** unter Federführung der Staatskanzlei. Wir sind dankbar für all diese Plattformen und den Dialog, aber wir sind noch nicht zufrieden mit den Ergebnissen. Wir müssen hier alle noch härter und effizienter an Lösungen für unseren Standort Hessen arbeiten.

Und ein Thema habe ich noch gar nicht angesprochen, werde das aber an dieser Stelle nur streifen können. Auf dem Feld der industriellen Gesundheitswirtschaft nimmt Hessen den Spitzenplatz ein. Wenn wir das auch in Zukunft wollen und uns die Versorgungssicherheit in geo- und handelspolitisch unwägbaren Zeiten etwas wert ist, benötigen wir Programme zum **Ausbau strategischer Produktionskapazitäten**, insbesondere für kritische Wirkstoffe, Biopharmazeutika und Medizintechnik, für Pandemie- und Verteidigungsfälle. Globale Krisen haben die Verwundbarkeit von Lieferketten offengelegt. Wir müssen hier für Resilienz sorgen. Zu diesem Thema könnten wir eine eigene Pressekonferenz durchführen. Aber wenigstens

konnte ich es an dieser Stelle noch erwähnen, bevor ich nun zum Ende komme.

Sehen Sie mir diesen energischen Auftritt nach, aber wir sind über die Phase der wohlfeilen Sätze schon deutlich hinaus. Die Lage duldet keinen Aufschub mehr.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und gebe das Wort weiter an den Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes HessenChemie, Dirk Meyer. Er wird unsere Ausführungen nun um arbeits- und sozialpolitische Aspekte ergänzen. Und er wird auch noch zu den Ergebnissen der Mitgliederbefragung ausführen. Eine Fragerunde hängen wir dann gerne direkt im Anschluss an.

Herr Meyer, Sie haben das Wort.